

Beschluss des Landrats vom 08.11.2018

Nr. 2292

17. Neukonzeption Informatik-Ausbildung in der Region Nordwestschweiz 2017/64; Protokoll: pw

Kommissionspräsident Christoph Hänggi (SP) berichtet, das Postulat von Klaus Kirchmayr sei am 16. März 2017 vom Landrat überwiesen worden. Der Regierungsrat hält in seinem Bericht fest, dass sich die Informatik in der Wirtschaft zu einer Grundkompetenz und in den Wissenschaften zu einer Grundlagendisziplin entwickelt hat. Ein vertieftes Verständnis von Informatikthemen, das Beherrschen von Informatik-Methoden und eine solide Grundlagenausbildung in der Informatik sind daher in allen Bereichen unverzichtbar. Eine Neukonzeption der Informatikausbildung wurde bereits mit dem Landratsbeschluss zur Umsetzung der IT-Strategie für den pädagogischen Bereich der Schulen im Jahr 2013 in die Wege geleitet. Auf allen Schulstufen wurde oder wird dazu ein Konzept ausgearbeitet. Anpassungen bei den Lerninhalten, bei der Weiterbildung der Lehrpersonen und bei der Ausstattung werden vorgenommen. An den Baselbieter Gymnasien wird Informatik als obligatorisches Schulfach voraussichtlich im Jahr 2021 eingeführt. Auch bei der Berufsbildung besteht eine hohe Sensibilität für die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung und deren Auswirkungen auf die Anforderungen an die Ausbildung der Lernenden sowie der Lehrpersonen. Das Gleiche gilt für die FHNW und die Universität Basel. Beide Hochschulen bieten auf der Basis ihres jeweiligen Leistungsauftrags verschiedene Studiengänge für begabte Studierende an. Auch dort ist die Informatik einer der Schwerpunkte. Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hat die Vorlage an der Sitzung vom 6. September 2018 beraten. Die Kommission war sich mehrheitlich einig, dass die Ausbildung im Bereich Informatik auf den unterschiedlichen Stufen und Ebenen, wie im Bericht des Regierungsrats aufgezeigt, gut aufgegleist ist. Etliche Punkte, die Informatikausbildung betreffend, wurden im Rahmen der Diskussion zum Postulat «Mehr IT- und Naturwissenschafts-Schwerpunkte statt Sprachenlastigkeit im Maturitätsanerkennungsreglement (MAR)» an der gleichen Sitzung geklärt. Da dieses Postulat zu null abgeschrieben wurde, wird es nicht im Landrat thematisiert. Einige Informationen können jedoch dem dazugehörigen Bericht entnommen werden. Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission empfiehlt dem Landrat, das Postulat 2017/64 mit 10:1 Stimmen bei 1 Enthaltung abzuschreiben.

Eintretensdebatte

Georges Thüring (SVP) sagt, die SVP-Fraktion schliesse sich der Empfehlung der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an. Die Auslegeordnung, welche die Regierung in der Vorlage macht, ist sehr interessant. Es kann festgestellt werden, dass sich das Informatikthema bereits seit einigen Jahren auf dem Radar der Bildungspolitik befindet. Das ist nicht nur wichtig, sondern notwendig. Zweifelslos muss in Zukunft punkto Informatik noch mehr gemacht werden – die Zeit bleibt bekanntlich nicht stehen. In Bezug auf die stark von der Digitalisierung betroffene Berufswelt: Hier sind einerseits der Bund und andererseits die Branchen- sowie Berufsverbände gefordert, die Bildungspläne der Berufsbildung entsprechend weiterzuentwickeln. Das Postulat abzuschreiben bedeutet keineswegs, dass man sich nicht weiter mit dem Thema Informatik und Digitalisierung auseinandersetzen muss.

Roman Brunner (SP) äussert, auch die SP-Fraktion folge dem Kommissionsantrag. Dennoch einige Bemerkungen: In der Regierungsvorlage wird aufgezeigt, wo überall schon etwas in Bewegung ist. Dazu wurden von verschiedenen Stellen Informationen zum Stand der Dinge eingeholt. Der Stellenwert der Informatik ist unbestritten gross. Jedoch ist nicht alles gleichermassen greifbar.



In der Vorlage wird gut erklärt, weshalb die Schaffung einer Informatikmittelschule (IMS) momentan nicht sinnvoll erscheint. Eine IMS würde die Berufsbildung konkurrieren. Die Betriebe haben heute schon Mühe, geeignete Lernende zu finden. Mit dem Projekt ICT-Scouts gibt es einen Ansatz, dem entgegenzuwirken. Der unbedingte Wille, etwas an der Konzeption der Informatikausbildung zu ändern beziehungsweise diese zu stärken, fehlt jedoch in der Regierungsvorlage. Es bringt daher nichts, trotz der minimalistischen Beantwortung, das Postulat stehen zu lassen.

Die FDP-Fraktion sei ebenfalls zum Schluss gekommen, so **Thomas Eugster** (FDP), der Empfehlung des Regierungsrats zu folgen und das Postulat abzuschreiben. Der Bericht zeigt, dass auf allen Stufen etwas läuft. Was kann auf Primar- und Sekundarstufe noch besser gemacht werden? Es gibt zwar schon vieles im ICT-Bereich, aber einiges ist zu wenig bekannt. Ein Beispiel sind hier die programmierbaren Roboter, die bei der BKSD ausgeliehen werden können. Es ist wichtig, bei den Jüngsten in den Schulen das Interesse am ICT-Bereich zu wecken. Die bereits vorhandenen Angebote könnten bei den Lehrpersonen besser und gezielter beworben werden. Auch auf Stufe Hochschule ist ein Angebot vorhanden und zwar bei der Fachhochschule in Brugg, die Studierenden müssen es jedoch auch nutzen. Es ist nicht unbedingt ein Staatsauftrag, das vorhandene Angebot noch grösser zu machen. Die Attraktivitätssteigerung des ICT-Bereichs findet vor allem in den Schulen statt.

Klaus Kirchmayr (Grüne) vertritt im Namen der Grüne/EVP-Fraktion eine andere Meinung als die Vorredner. Die Behandlung des Anliegens durch die Regierung sei nicht ausreichend. Die Gesellschaft befindet sich mitten in einem grossen Wandel. Digitalisierung heisst nicht, ein Handy bedienen zu können. Dies ist heute Standard. Digitalisierung heisst, sich über den Umgang mit grossen Datenmengen und Informationen auf globaler Ebene sowie deren Bedeutung bewusst zu sein. Diesbezüglich können die heutigen Kinder und Jugendlichen wenig. Der Handlungsbedarf ist gross und es braucht eine Gesamtkonzeption zum Thema. Eine solche existiert aber nicht. Zum vorherigen Hinweis, dass es Angebote gibt, die es lediglich zu nutzen gilt: Nur vier von etwa 250 Professuren beschäftigen sich mit Informatik, obwohl 70 % der Gelder für die Life Sciences ausgegeben werden. Die Life Sciences transformieren sich zurzeit massiv: man verfolge nur die Umpositionierungen bei Roche und Novartis von der Wirkstoffherstellung zur Bioinformatik. Auf Hochschulstufe wird diesbezüglich wenig bis nichts gemacht. Auf Stufe Gymnasium sieht es ein bisschen besser aus. Es gibt gute Einzelinitiativen beispielsweise an den Gymnasien Liestal und Oberwil. Es ist gut, dass Informatik ein obligatorisches Schulfach wird. Die entscheidenden Weichen werden jedoch auf der Primar- und Sekundarstufe gestellt. Nur Roboterbausätze anzubieten, reicht nicht aus. Der Umgang mit Daten und Informationen sowie die Weiterverarbeitung müssen selbstverständlicher Bestandteil der Schulbildung werden. Es fehlt an den Schulen nicht nur an Hardware, sondern vor allem auch an der Breite des Angebots, um der wirtschaftlichen Bedeutung der Informatik in der Region gerecht zu werden. Der Redner glaubt, die BKSD sowie die Regierung wären gut beraten, die Digitalisierung zu einem Schwerpunkt zu machen. Die Gesamtkonzeption fehlt und deshalb soll das Postulat nicht abgeschrieben werden.

Claudia Brodbeck (CVP) erläutert, die CVP/BDP-Fraktion sei ebenfalls für Abschreiben. Der Bildungskommission wurde detailliert berichtet, dass eine IT-Strategie formuliert ist und dass die Informatik als elementare Grundkompetenz im Bildungsraum Nordwestschweiz in sämtlichen Ausbildungsgängen gestärkt wird. Es besteht jedoch das Anliegen, dass die dazu notwendige Infrastruktur funktionsfähig zur Verfügung steht.

Oskar Kämpfer (SVP) ist grundsätzlich mit den von Klaus Kirchmayr (Grüne) formulierten Zielen einverstanden. Jedoch geht es hier um ein Postulat und nicht um eine konkrete Motion. Die Regierung hat das Mögliche geprüft. Bei der Universität und der Fachhochschule kann zurzeit, solange



das Interesse an den Studiengängen nicht grösser wird, nichts geändert werden. Es bringt nichts, das Postulat stehen zu lassen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) widerspricht Oskar Kämpfers Analyse. Die Regierung habe nicht alles gemacht, was möglich gewesen wäre. Es wäre möglich gewesen, die Hauptziele einer Strategie aufzuzeigen und entweder entsprechende Vorlagen in Aussicht zu stellen oder die Ziele in einen Zusammenhang mit der Universitätsstrategie zu stellen. Stattdessen wurde aber im Wesentlichen nur berichtet, was derzeit passiert. Eine übergeordnete Sicht besteht in der Wahrnehmung des Redners nicht.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) wendet ein, der Regierungsrat habe sich, auch über das Postulat hinaus, Gedanken über den technologischen Wandel und die damit verbundenen Herausforderungen gemacht. Der Technologiewandel hat sehr viel mit Digitalisierung und mit Informatik zu tun. Am 14. November hat das Baselbieter Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsforum stattgefunden. Rund hundert der anwesenden Unternehmens-, Bildungs- und anderen Vertreterinnen und Vertreter haben eine Gewichtung von Handlungsfeldern unter dem Aspekt des technologischen Wandels vorgenommen. Bildung war das Handlungsfeld mit den meisten Punkten. Das heisst, hier muss systematisch investiert und umgedacht werden. Die Prozesse müssen schneller abgewickelt werden. Der Umgang mit dem technologischen Wandel beginnt sehr früh. Etwas überspitzt gesagt: Auffällige Kinder sollten vielleicht nicht mit Ritalin still gestellt werden, sondern man sollte ihnen die Möglichkeit geben, quer zu denken.

Der digitale Wandel wird in der langfristigen Planung aufgenommen und vertieft. Sei dies im Zusammenhang mit der Universitätsstrategie oder mit den Bildungsstufen. Aus wirtschaftlicher Sicht hat man hier zu lange Vorlaufzeiten – bis etwas umgesetzt wird, ist es teilweise in Bezug auf die technische Entwicklung bereits wieder überholt. In diesem Spannungsfeld muss man sich bewegen. Mit einer Abschreibung ist das Thema für die Regierung noch lange nicht vom Tisch.

- ://: Eintreten ist unbestritten.
- Beschlussfassung
- ://: Mit 65:13 Stimmen wird das Postulat 2017/064 abgeschrieben.